

Ressort: Politik

Strobl: "2015 darf sich nicht wiederholen"

Berlin, 11.02.2019, 00:00 Uhr

GDN - Nach Ansicht von Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) dürfen sich die Ereignisse von 2015 nicht wiederholen. "Wir haben unsere Lektion gelernt", sagte Strobl, einer der Teilnehmer des seit Sonntagabend laufenden CDU-Werkstattgesprächs über Folgen, Verantwortung und Konsequenzen der Asylpolitik der Bundesregierung, der "Bild" (Montagsausgabe).

"Und Herausforderungen bleiben - Stichwort Rückführungen! Um die müssen wir uns mit großer Kraft kümmern. Es muss die Möglichkeit geben, ausreisepflichtige Personen kurz vor ihrer Abschiebung in Gewahrsam zu nehmen", fügte Strobl hinzu. "Deshalb brauchen wir die Kleine Sicherungshaft und den Abschiebegewahrsam. So können wir mehr Abschiebungen sicherstellen." Auch andere Teilnehmer gehen mit konkreten Forderungen in das Werkstattgespräch. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte "Bild": "Wir wollen endlich erreichen, dass die Außengrenzen der EU durch den Aufbau einer starken Grenz- und Küstenwache sicher geschützt sind. Zudem müssen die europäischen Sicherheitsbehörden wissen, wer sich bei uns aufhält. Dazu müssen die verschiedenen Informationssysteme miteinander verknüpft werden. Sicherheitsbehörden sollen mit einer einzigen Abfrage alle relevanten Informationen über eine Person erhalten." Der CDU-Innenexperte Armin Schuster (CDU) kritisierte: "Seit Herbst 2015 ist der Eindruck entstanden, die Bundespolizei dürfe illegale Migranten an der Grenze nicht mehr zurückweisen! Hier brauchen wir endlich eine Klarstellung: Natürlich muss die Bundespolizei Migranten an der Grenze zurückweisen können. Notfalls muss sogar die flächendeckende Zurückweisung an allen deutschen Grenzen Teil ihres Repertoires sein, um eine Krisensituation wie im Herbst 2015 zu verhindern." Der CDU-Europa-Abgeordnete Sven Schulze sagte der Zeitung: "Für mich und viele Wähler gerade auch in meiner Heimat Sachsen-Anhalt bleibt die wichtigste offene Frage, wie wir in Zukunft beim Thema Abschiebung besser werden. Denn die Zahl derer, die trotz Ablehnung bei uns bleiben, ist einfach noch zu hoch." Der CDU-Bundestagabgeordnete Marian Wendt sagte dem Blatt: "Die Fehler in der Asyl- und Migrationskrise wurden bereits vor 2015 getan. Die Warnungen aus Griechenland und Italien wurden in den Jahren 2012 bis 2014 nicht ernst genommen und die Verantwortung dort gelassen. Im Herbst 2015 war es dann zu spät." Wie aus einer Themenliste der Werkstatt 3 "Innere Sicherheit und Abschiebepaxis", über die die "Bild" berichtet, hervorgeht, steht unter anderem der Ausbau von "Abschiebehaftanlagen", die Begrenzung von "(Sach-)leistungen von straffällig gewordenen Ausländern" und eine Verschärfung des Ausweisungsrechts auf der Debatte.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-119848/strobl-2015-darf-sich-nicht-wiederholen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com